

Das Abonnement beträgt:  
14 1/2 Thlr. für 1 Jahr in Berlin.  
14 Thlr. für 1 Jahr in den Provinzen.  
Zusätzlich in allen Theilen der Monarchie.  
Eingelassene Nummern werden mit  
25 Pfg. berechnet.  
Dieses Blatt erscheint täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Neue



Zeitung.

Alle Postämter nehmen Bestellung  
auf dieses Blatt an. Die Preise der  
Exemplare der Preussischen  
Zeitung:  
Postamt-Strasse Nr. 5.  
In Berlin: 14 1/2 Thlr. für den Raum einer  
vierspaltigen Zeitungszeile 2 Jhr.

Nr. 28.

Berlin, Sonntag, den 3. Februar.

1850.

## Amtliche Nachrichten.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. etc.

Ich habe den Befehl ertheilt, dass die von uns unter dem 5. December 1848 vortheilhaft der Revision im ordentlichen Wege der Gesetzgebung vertheilte und von beiden Kammern unseres Königreichs anerkannte Verfassung des preussischen Staats der darin angeordneten Revision unterworfen ist, die Verfassung in Uebereinstimmung mit beiden Kammern endgültig festgestellt haben.

Wir verkünden demnach dieselbe als Staats-Grundgesetz, wie folgt:

### Titel I. Von den Rechten der Preußen.

Art. 1.  
Alle Landesbewohner der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preussische Staatsgebiet.

Art. 2.  
Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.

### Titel II. Von den Rechten der Preußen.

Art. 3.  
Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.

Art. 4.  
Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standes-Vorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von dem Gesetze festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.

Art. 5.  
Die persönliche Freiheit ist unverletzlich. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung, zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.

Art. 6.  
Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Hausdurchsuchungen, so wie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren, sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet.

Art. 7.  
Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahme-Gerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft.

Art. 8.  
Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden.

Art. 9.  
Das Eigentum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufige festzusetzende Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

Art. 10.  
Der bürgerliche Tod und die Entzweiung der Vermögens-Einzählung finden nicht statt.

Art. 11.  
Die Freiheit der Auswanderung kann von Staatswegen nur in Bezug auf die Wehrpflicht beschränkt werden. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Art. 12.  
Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 31 und 32) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religions-Übung wird gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig vom dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Art. 13.  
Die Religions-Gesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Corporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen.

Art. 14.  
Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Art. 12. gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.

Art. 15.  
Die evangelische und die katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 16.  
Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern ist unbeschränkt. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 17.  
Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Art. 18.  
Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Befähigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben.

Art. 19.  
Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Art. 20.  
Die Einführung der Civil- oder Ehe erfolgt nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstands-Register regelt.

Art. 21.  
Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Art. 22.  
Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.

Art. 23.  
Alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht vom Staate ernannter Behörden.

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener.

Art. 24.  
Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.

Art. 25.  
Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt, unter gesetzlich geordneter Theilnahme der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Art. 26.  
Die Mittel zur Einrichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen werden von den Gemeinden und, im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, ergänzungswise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.

Art. 27.  
Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Verhältnissen angemessenes Einkommen.

Art. 28.  
In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Art. 29.  
Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Art. 30.  
Jeder Preusse hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Art. 31.  
Die Censur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.

Art. 32.  
Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen.

Art. 33.  
Alle Preußen sind verpflichtet, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.

Art. 34.  
Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis der Versammlung des Gesetzes unterworfen sind.

Art. 35.  
Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Art. 36.  
Das Gesetz regelt, insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Ausübung des in diesem und in dem vorhergehenden Artikel (29.) gewährleisteten Rechts.

Art. 37.  
Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verbots im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden.

Art. 38.  
Die Bedingungen, unter welchen Corporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.

Art. 39.  
Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtanamen sind nur Behörden und Corporationen gestattet.

Art. 40.  
Das Briefgeheimnis ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen.

Art. 41.  
Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz.

Art. 42.  
Das Heer bezieht alle Abtheilungen des stehenden Heeres und der Landwehr.

Art. 43.  
Im Falle des Krieges kann der König nach Maßgabe des Gesetzes den Landsturm aufheben.

Art. 44.  
Die bewaffnete Macht kann nur zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Civil-Behöden verwendet werden. In letzterer Beziehung hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen.

Art. 45.  
Der Militär-Gerichtshof des Heeres beschränkt sich auf Strafsachen und wird durch das Gesetz geregelt. Die Bestimmungen über die Militär-Disziplin im Heere bleiben Gegenstand besonderer Verordnungen.

Art. 46.  
Die bewaffnete Macht darf weder in noch außer dem Dienste beratshlagen oder sich anders, als auf Befehl, versammeln. Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Beratung militärischer Einrichtungen, Befehle und Anordnungen sind auch dann, wenn dieselbe nicht zusammenberufen ist, untersagt.

Art. 47.  
Auf das Heer finden die in den Artikeln 5, 6, 29, 30 und 32 enthaltenen Bestimmungen nur insoweit Anwendung, als die militärischen Gesetze und Disziplin-Vorschriften nicht entgegenstehen.

Art. 48.  
Die Einrichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommissen sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigentum umgestaltet werden. Auf Familien-Stiftungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Art. 49.  
Vorstehende Bestimmungen (Art. 40.) finden auf die Kronlehen, das königliche Haus- und Prinzliche Fideikommiss, so wie auf die außerhalb des Staats gelegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Fideikommissen, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechtsverhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden.

Art. 50.  
Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigentum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Heilbarkeit des Grundeigentums und die Abwehrbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet.

Art. 51.  
Für die todt Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, zulässig.

Art. 52.  
Aufgehoben ohne Entschädigung sind:

1) Die Gerichtsbarkeit, die kaiserliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundbesitzer zustehenden Hoheits-Rechte und Privilegien;

2) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrschaft, der früheren Grundbesitzer, der früheren Steuern- und Gewerbe-Verfassung resultierenden Verpflichtungen.

Art. 53.  
Die den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche den bisherigen Berechtigten dafür oblagen.

Art. 54.  
Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Ueber-

tragung des vollen Eigentums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester absehbarer Zins vorbehalten werden.

Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen bleibt besonderen Gesetzen vorbehalten.

### Titel III. Von den Königen.

Art. 43.  
Die Person des Königs ist unverletzlich.

Art. 44.  
Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungs-Akte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Art. 45.  
Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befehligt die Verkündung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen.

Art. 46.  
Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

Art. 47.  
Der König befehligt alle Stellen im Heere, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz ein Anderes vorordnet.

Art. 48.  
Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch andere Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Letztere bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern, sofern es Handels-Verträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden.

Art. 49.  
Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung.

Art. 50.  
Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgeht.

Art. 51.  
Der König kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederlegen.

Art. 52.  
Der König steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er übt das Recht nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 53.  
Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von sechs Tagen nach der Auflösung die Wähler, innerhalb eines Zeitraums von neun Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

Art. 54.  
Der König kann die Kammern verlagern. Ohne deren Zustimmung darf diese Verlagerung die Frist von dreißig Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Art. 55.  
Die Krone ist, den königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannstamme des königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Erstgeburt.

Art. 56.  
Der König wird mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres volljährig.

Art. 57.  
Er leitet in Gegenwart der vereinigten Kammern das erbliche Königsbild, die Verfassung des Königreichs fest und unveränderlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und dem Gesetze zu regieren.

Art. 58.  
Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.

Art. 59.  
Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat (Art. 53), welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die Kammern zu berufen, die in der vereinigten Sitzung über die Nothwendigkeit der Regentschaft beschließen.

Art. 60.  
Ist kein volljähriger Agnat vorhanden und nicht bereits vorher gesetzlich für diesen Fall getroffen, so hat das Staats-Ministerium die Kammern zu berufen, welche in der vereinigten Sitzung einen Regenten erwählen. Bis zum Antritt der Regentschaft von Seiten desselben führt das Staats-Ministerium die Regierung.

Art. 61.  
Der Regent übt die dem Könige zustehende Gewalt in dessen Namen aus. Derselbe schwört nach Einrichtung der Regentschaft vor den vereinigten Kammern einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unveränderlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und dem Gesetze zu regieren.

Art. 62.  
Bis zu dieser Eidesleistung bleibt in jedem Falle das bestehende gesammte Staatsministerium für alle Regierungshandlungen verantwortlich.

Art. 63.  
Dem Kron-Fideikommiss-Fond verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Rente.

### Titel IV. Von den Ministern.

Art. 60.  
Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Art. 61.  
Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.

Art. 62.  
Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verstoßes der Verfassungs-Verletzung, der Verschwendung und des Verrathes angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen.

Art. 63.  
Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

### Titel V. Von den Kammern.

Art. 62.  
Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Art. 63.  
Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Art. 64.  
Finanzgesetz-Entwürfe und Staatshaushalts-Pläne werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten Kammer im Ganzen angenommen oder abgelehnt.

Art. 63.

Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

Art. 64.  
Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Art. 65.  
Gesetzesvorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden.

Art. 66.  
Die erste Kammer besteht:

a) aus den großjährigen königlichen Prinzen;

b) aus den Häuptern der ehemals unmittelbaren reichsfürstlichen Häuser in Preußen — und aus den Häuptern derjenigen Familien, welchen durch königliche Verordnung das nach der Erstgeburt und Linearfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer beilegt wird. In dieser Verordnung werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, durch welche dieses Recht an einen bestimmten Grundbesitz geknüpft ist. Das Recht kann durch Stellvertretung nicht ausgeübt werden und ruht während der Minderjährigkeit oder während eines Dienstverhältnisses zu der Regierung eines nichtpreussischen Staates, ferner auch so lange der Berechtigte seinen Wohnsitz außerhalb Preußen hat;

c) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt. Ihre Zahl darf den zehnten Theil der zu a. und b. genannten Mitglieder nicht übersteigen;

d) aus neunzig Mitgliedern, welche in Wahlbezirken, die das Gesetz feststellt, durch die dreifache Zahl derjenigen Urwähler (Art. 70.), welche die höchsten direkten Staatssteuern bezahlen, durch directe Wahl nach Maßgabe des Gesetzes gewählt werden;

e) aus dreißig, nach Maßgabe des Gesetzes von den Gemeinderäthen gewählten Mitgliedern aus den größeren Städten des Landes.

Die Gesamtzahl der unter a. bis e. genannten Mitglieder darf die Zahl der unter d. und e. bezeichneten nicht übersteigen. Eine Auflösung der ersten Kammer bezieht sich nur auf die aus Wahl hervorgegangenen Mitglieder.

Art. 67.  
Die Bildung der ersten Kammer in der Art. 63. bestimmten Weise tritt am 7. August des Jahres 1852 ein.

Art. 68.  
Bis zu diesem Zeitpunkt verbleibt es bei dem Wahlgesetze für die erste Kammer vom 6. December 1848.

Art. 69.  
Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Art. 70.  
Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preusse, der das vierzigste Lebensjahr vollendet, den Vollen der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preussischen Staatsverbande angehört hat.

Art. 71.  
Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisestosten, noch Diäten.

Art. 72.  
Die zweite Kammer besteht aus dreihundert und fünfzig Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgesetzt. Sie können aus einem oder mehreren Kreisen oder aus einer oder mehreren der größeren Städte bestehen.

Art. 73.  
Jeder Preusse, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindevorständen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler.

Art. 74.  
Wer in mehreren Gemeinden an den Gemeindevorständen Theil zu nehmen berechtigt ist, darf das Recht als Urwähler nur in einer Gemeinde ausüben.

Art. 75.  
Auf jede Vollzahl von zwei hundert und fünfzig Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler fällt.

Art. 76.  
Die Gesamtsumme wird berechnet:

a) gemeindefeise, falls die Gemeinde einen Urwahl-Bezirk für sich bildet;

b) bezirksweise, falls der Urwahl-Bezirk aus mehreren Gemeinden zusammengefaßt ist.

Art. 77.  
Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeiträge bis zum Ablauf eines Dritttheils der Gesamtsteuer fallen.

Art. 78.  
Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeiträge bis zur Grenze des zweiten Dritttheils fallen.

Art. 79.  
Die dritte Abtheilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritttheil fällt.

Art. 80.  
Jede Abtheilung wählt besonders und zwar ein Drittel der zu wählenden Wahlmänner.

Art. 81.  
Die Abtheilungen können in mehrere Wahlverbände eingetheilt werden, deren keiner mehr als fünfshundert Urwähler in sich schließen darf.

Art. 82.  
Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Wahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abtheilungen gewählt.

Art. 83.  
Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz, welches auch die Anordnung für diejenigen Städte zu treffen hat, in denen an Stelle eines Theils der direkten Steuern die Wahl- und Schatzsteuer erhoben wird.

Art. 84.  
Die Legislatur-Periode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Art. 85.  
Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preusse wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollen der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits drei Jahre dem preussischen Staatsverbande angehört hat.

Art. 86.  
Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislatur-Periode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung.











